

SELBSTSTÄNDIGER ANTRAG

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Beilage 162/2025

Bregenz, 21. November 2025

**Nein zur Kürzung im Pflegebereich:  
Ausbildungsbeitrag in voller Höhe beibehalten!**

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 streicht der Landesgesundheitsfonds den bisher gewährten freiwilligen Ausbildungsbeitrag für Schüler:innen der Höheren Lehranstalt für Pflege und Soziales (HLPS) sowie für die Fachschule für Sozialberufe Gesundheit und Pflege (FSGP) am Institut St. Josef in Feldkirch. Darüber wurde die Schulleitung in einem Brief informiert. Bisher haben die Schüler:innen für die gesamte fünfjährige Ausbildungsdauer Geld zur Unterstützung bekommen. Dieses Geld stammte vom Land und vom Bund. Mit dem Geld vom Land soll jetzt Schluss sein: Das Land streicht den Betrag und die Schüler:innen bekommen damit ausschließlich den bundesgesetzlich vorgesehenen Zweckzuschuss während der Pflichtpraktika in der 4. und 5. Klasse. Für die ersten drei Schuljahre entfällt damit jegliche finanzielle Entlastung, während gleichzeitig weiterhin Schulgeld zu bezahlen ist.

Diese Entscheidung des Landes führt dazu, dass HLPS- und FSGP-Schüler:innen gegenüber anderen Pflegeausbildungen im Land deutlich schlechter gestellt werden. Denn in der *regulären* Ausbildung für Pflegefachassistenz (PFA) bleibt der monatliche Zuschuss von mindestens 600 Euro über die *gesamte* Ausbildungsdauer hinweg bestehen. Der Wegfall des Landeszuschusses trifft somit eine Schulform, die gerade für junge Menschen eine wichtige Eintrittsschiene in den Pflegeberuf darstellt. Insgesamt ergibt sich damit für den gesamten Ausbildungszeitraum eine Mehrbelastung für die Auszubildenden bzw. deren Familien in der

Höhe von mehreren tausend Euro. Besonders perfide ist, dass der Unterstützungsbeitrag auch für die laufenden Lehrgänge gestrichen wird, die ihn bereits erhalten haben.

Aus Sicht unserer Fraktion ist diese Ungleichbehandlung nicht sachlich zu begründen und angesichts der Realität in der Pflege völlig kontraproduktiv. Die Landesregierung nimmt bewusst in Kauf, dass eine anerkannte und erfolgreiche Ausbildungsform geschwächt wird und erschwert jungen Menschen den Zugang zu einem Berufsfeld, in dem ohnehin massive Personalengpässe bestehen.

Aus den genannten Gründen stellen wir gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

## **A N T R A G**

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. den freiwilligen Ausbildungsbetrag des Landes für Pflegeausbildungen in der bisherigen Form beizubehalten,
2. Maßnahmen zu setzen, damit alle Pflegeausbildungen hinsichtlich der Ausbildungszuschüsse gleichbehandelt werden und keine Schul- bzw. Ausbildungsform strukturell benachteiligt wird,
3. ein Konzept vorzulegen, wie die Schulgelder in Pflegeausbildungen schrittweise reduziert werden können.“

LAbg. Manuela Auer

KO Mario Leiter

LAbg. Ing. Reinhold Einwallner